

Bericht aus der Sitzung des Mutlanger Gemeinderats vom 28. März 2017

Bürgerfragestunde

Herr Bernhard Kottmann fragt, wie sich die Unterbringung der DRK-Ortsgruppe, die momentan ihre Räumlichkeiten im FFW- Haus hat, in Zukunft gestaltet.

Bürgermeisterin Eßwein erläutert, dass Gespräche mit der Ortsgruppe sowie der Feuerwehr geführt wurden. Der Platzbedarf der Feuerwehr ist sehr groß, da sich die Mitgliederzahl nahezu verdoppelt hat. Zudem gibt es mittlerweile einige Frauen, die bisher noch keine getrennten Umkleidemöglichkeiten haben. Somit ist es notwendig, dass die momentan durch das DRK genutzten Räumen der FFW zur Verfügung gestellt werden. In den gemeinsamen Gesprächen wurde festgelegt, dass der Lehrsaal der Ortsgruppe nach Rücksprache jederzeit zur Verfügung steht und auch Lagerflächen für die vorhandenen Gegenstände der DRK-Ortsgruppe werden innerhalb des Feuerwehrhauses bereitgestellt.

Herr Werner Hartmann fragt, wie sich die Parksituation in der Ringstraße und Hahnenbergstraße in Zukunft gestalten soll. Hier besteht eine immense Parkplatznot. Bürgermeisterin Eßwein antwortet, dass ein Gespräch mit allen Anwohnern geplant ist. Hier werden die verschiedenen Alternativen besprochen.

Kommunaler Ordnungsdienst - Erfahrungsbericht

Der Gemeinderat hat im Februar 2015 beschlossen, einen Kommunalen Ordnungsdienst in Mutlangen einzurichten. Anlass waren insbesondere die zunehmenden Sachbeschädigungen an öffentlichen Einrichtungen. Nach Beschaffung von Ausrüstung und Dienstkleidung sowie einer Grundausbildung durch einen ehemaligen Polizeiausbilder und Hospitation beim KOD in Schwäbisch Gmünd, startete der Dienst des KOD im Mai 2015. Seither sind 3 Personen bei der Gemeinde Mutlangen mit diesen Aufgaben betraut. Ihre Hauptaufgabe ist die präventive Arbeit, um Ordnungswidrigkeiten und Straftaten zu verhindern. Sie dürfen Personalien feststellen, Platzverweise erteilen, Personen durchsuchen sowie Gegenstände sicherstellen oder beschlagnahmen.

Tätigwerden oder Eingreifen müssen sie hauptsächlich bei Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz oder bei unerlaubten Trinkgelagen in der Nähe von öffentlichen Einrichtungen. Herr Siedle berichtet, dass der KOD im Jahr 2016 an insgesamt 62 Tagen im Einsatz war. Pro Jahr werden ein bis zwei Fortbildungen durchgeführt.

Maßnahmen werde je nach Situation getroffen. Diese gehen von einer mündlichen Verwarnung, einem Elternbrief bis hin zu einer Anzeige.

Zusätzlich wurden ca. 30 Platzverweise ausgesprochen und die Polizei Gmünd musste ca. 10 Mal zur Unterstützung angefordert werden. Die anwesenden KOD-Mitarbeiter Herr Dastan und Herr Greco berichten, dass sie sowohl zu Fuß als auch mit dem Auto unterwegs sind. Für viele Jugendliche fungieren sie als Streetworker und suchen aktiv den Kontakt um ins Gespräch zu kommen. Sie bieten dem Gremium an, sie am Wochenende bei deren Dienst zu begleiten.

Gemeinderat Lasermann will wissen, ob die Treffpunkte immer gleich oder wechselnd sind. Herr Dastan ergänzt, dass die Jugendlichen oftmals „Katz und Maus“ spielen und demnach die Treffpunkte wechseln.

Gemeinderat Steinhilber lobt die Arbeit und würde sich eine Ausweitung der Einsätze wünschen. Des Weiteren fragt er, warum sich die Jugendlichen von außerhalb in Mutlangen treffen.

Herr Greco antwortet, dass der KOD in Gmünd flächendeckender eingesetzt wird und teilweise strenger agiert. Deswegen und wegen dem großen Schulcampus treffen sich die Jugendlichen in Mutlangen.

Gemeinderat Dr. Mayer lobt ebenfalls die geleistete Arbeit und fragt, was sich der KOD vom Gremium wünscht. Er fügt jedoch auch mahnend an, dass man den Jugendlichen Freiräume geben muss.

Herr Dastan erklärt, dass es markierte Freiräume gibt, jedoch sind es zu viele Jugendliche, die größtenteils aus dem Umland kommen. Ihr Wunsch ist, dass das Gremium weiterhin hinter dem Kommunalen Ordnungsdienst steht.

Gemeinderätin Staller lobt ebenfalls die Arbeit und bedankt sich für deren Engagement. Gemeinderätin Kaim erkundigt sich, wie es mit privaten Flächen vor Supermärkten aussieht. Bürgermeisterin Eßwein erläutert, dass die Jugendlichen auch dort angesprochen werden. Sie bedankt sich bei den Mitarbeitern des KOD und sichert die weitere Unterstützung im Namen des Gremiums zu.

Sanierung Haus IV (Werkrealschule) – aktueller Planungsstand

Ausgangslage: Entwicklung des Schulstandorts Mutlangen in den letzten Jahren

Mit der Ordensschulen Trägerverbund gGmbH als Schulträger des Franziskus Gymnasiums wurde eine langfristige Partnerschaft zum Zweck der Vervollkommnung des Schulstandorts Mutlangen durch einen Schulvertrag begründet, der die Beziehungen zwischen Standortgemeinde und Träger umfassend regelt. Diese maßgebliche Aufwertung des örtlichen Schulangebots stieß damals auf eine breite Zustimmung in der Öffentlichkeit und wurde im Gemeinderat mit deutlicher Mehrheit beschlossen. Schon der damalige Vertrag enthielt an verschiedenen Stellen die Absichtserklärung, bei einer entsprechend hohen Akzeptanz des Gymnasiums über die zunächst vereinbarte Zweizügigkeit hinaus auch die Expansion der Schule zu einer 3-4-Zügigkeit zu unterstützen.

2011 überstiegen die Anmeldezahlen erstmals die ursprüngliche Zweizügigkeit. So wurde in einer ergänzenden vertraglichen Vereinbarung zwischen Gemeinde und Schulträger der Ausbau um einen dritten Zug festgelegt. Dabei sollte der zusätzlich zum parallel entstehenden Neubau auf der „Mutlanger Heide“ benötigte Schulraum durch die Nutzung frei werdender Räume im bestehenden Schulzentrum der Gemeinde Mutlangen abgedeckt werden. Schon damals konnte man anhand stark rückläufiger Schülerzahlen in erster Linie in der Werkrealschule erkennen, dass mittel- bis langfristig die vier Schulgebäude der Werkrealschule sowie der Realschule für die beiden Schulen deutliche räumliche Überkapazitäten darstellen würden. Der damals einstimmige Beschluss des Gemeinderats, den Ausbau des Franziskus-Gymnasiums auf eine Dreizügigkeit in dieser Weise zu unterstützen, wurde in vollem Bewusstsein dieser Rahmenbedingungen getroffen. Seit dem Jahr 2011 war also sicher: Das Gymnasium wird in absehbarer Zeit einen weiteren Raumbedarf anmelden, der vorrangig durch vorhandene, frei werdende Schulräume im Schulzentrum Mutlangen gedeckt werden sollte.

Die weitere Entwicklung an den örtlichen Schulen hat die 2011 gewagte Prognose bestätigt. Die Schülerzahlen der Werkrealschule und Realschule haben von 2009 bis 2016 um 39% von 919 auf 565 Schüler abgenommen; gleichzeitig konnte das Franziskus-Gymnasium seit 2011 jedes Jahr problemlos drei Eingangsklassen füllen. In der Zwischenzeit wurde die Trägerschaft über die Werkrealschule von der Gemeinde Mutlangen übernommen und diese unter dem Dach der neuen Verbundschule „Hornbergschule Mutlangen“ mit der Realschule enger zusammengeführt.

Aktuelle Schulraumsituation:

Nachdem in den letzten und auch noch im laufenden Schuljahr der zusätzliche Raumbedarf des Gymnasiums durch die Belegung einzelner Klassenzimmer in den Bauten I-IV der Verbundschule abgedeckt werden konnte, wird dies in den kommenden Jahren nicht mehr möglich sein. In Anbetracht der Vereinbarungen aus dem Jahr 2011 war zunächst zu prüfen, ob bestehende Schulgebäude für die Schulen in eigener Trägerschaft entbehrlich sind und folglich durch das Gymnasium genutzt werden können. Die zusammen mit der Schulleitung der Hornbergschule durchgeführte Prüfung nach den Berechnungsmaßstäben des zuständigen Regierungspräsidiums ergab, dass neben den Gebäuden I-III für das kommende Schuljahr 2017/2018 kein weiterer Raumbedarf für die Hornbergschule besteht.

Notwendigkeit von Umbau und Sanierung:

Der Bau IV im Schul- und Sportzentrum wurde in den früheren 70er Jahren erstellt, ist somit bald 50 Jahre alt und in weiten Teilen noch im Originalbauzustand anzutreffen. Naturgemäß weist ein Gebäude dann starke Abnutzungserscheinungen auf: Das vorhandene Flachdach ist nicht mehr vollständig dicht, die Fenster energetisch nicht mehr zeitgemäß, Böden, Wände, Türen und Decken sind teilweise stark abgenutzt und auch von der Optik her veraltet, aktuelle Brandschutzanforderungen sind nicht mehr erfüllt usw. Das Gebäude erfüllt in seinem jetzigen Zustand noch seinen Zweck und könnte dies auch noch mittelfristig; man kommt aber an der Erkenntnis nicht vorbei, dass in absehbarer Zukunft eine grundlegende Sanierung angezeigt ist und unausweichlich wird.

Die sich jetzt ergebende langfristige Nutzungsperspektive für den Bau IV macht es erforderlich, diesen unter Berücksichtigung der geänderten Anforderungen umzubauen. Hierzu müssen an verschiedenen Stellen Wände versetzt werden, um die Raumeinteilung bedarfsgerecht anzupassen. Dann jedoch müssen an den Schnittstellen Böden, Wände, Türen und Decken angepasst werden.

Kosten und Finanzierung:

Die Kostenberechnungen für die Entwurfsplanung weisen Gesamtbaukosten von 4,54 Mio. € für die Maßnahme aus (inkl. MwSt und Planungskosten). Abzüglich der Kosten für den Multifunktionsraum, die der Schulträger komplett selbst übernimmt, verbleibt nach bisherigem Planungsstand ein nach den bestehenden Schulverträgen gemeinschaftlich von Schulträger und Gemeinde zu finanzierendes Baukostenvolumen von 4,27 Mio. €. Der gesamte Planungsprozess war vom stetigen Bemühen aller Projektbeteiligten gekennzeichnet, die voraussichtlichen Baukosten in Grenzen zu halten.

Bei den jetzt ermittelten Gesamtbaukosten ergibt sich ein Finanzierungsanteil der Gemeinde von ca. 2,85 Mio. €. Unter der Voraussetzung, dass das Eigentum am Schulgebäude auf den Schulträger übergeht, eröffnet sich die Möglichkeit der Bezuschussung aus privaten Schulbaufördermitteln für die Gesamtmaßnahme. Insgesamt kann nach jetzigem Kenntnisstand mit einem Förderbetrag von zusammen 1,15 Mio. € gerechnet werden. Aus Sicht der Gemeinde ergibt sich dann folgendes

Finanzierungsvolumen:

Bei einem nach aktuellen Kreditmarktkonditionen realistischen Schuldendienst (Zins und Tilgung) von 4,4% bedeutet dies eine jährliche Belastung des Haushalts von etwa 91.500 € für den Gemeindehaushalt.

Dem gegenüber steht eine erhebliche Entlastung durch die Abgabe des Schulgebäudes. Dadurch entfallen Ausgaben für das dort eingesetzte Personal (Hausmeister und Reinigungskräfte), für den laufenden Gebäudeunterhalt und die Bewirtschaftung des Gebäudes (Kosten für Beheizung, Strom, Versicherung und Wasser-/Abwassergebühren), die sich auf etwa 103.000 € pro Jahr summieren.

Räumliche Unterbringung während der Bauzeit:

Im gemeinsamen Gespräch mit der Hornbergschule sind wir uns einig geworden, dass wir den Baubeginn auf Anfang Juni datieren können. In den verbleibenden Schulwochen bis zu den Ferien werden die Fachstunden durch veränderte pädagogische Schwerpunkte kompensiert. Für das neue Schuljahr kündigte das Franziskus Gymnasium an, dass sechs Klassen ausgelagert werden müssen. Dies ist machbar, indem die Grundschule (Standort Hornbergstraße) und die Heideschule jeweils eine Klasse aufnehmen, eine Klasse im Foyer der Hornberghalle unterrichtet wird und eine im MutlangerForum. Die verbleibenden beiden Klassen können als Wanderklassen im Bau III untergebracht werden.

Gemeinderat Steinhilber sieht die aktuell vorliegende Planung als sinnvoll und notwendig an. Er bemängelt, dass der Zeitdruck sehr hoch war und fragt, ob alle Kosteneinsparungen gezogen wurden. Er merkt an, dass seine Fraktion eine in Zukunft mögliche 4-5-Zügigkeit nicht unterstützen wird.

Bürgermeisterin Eßwein erläutert, dass in zahlreichen Gesprächen alle Kostenpunkte einzeln durchgegangen wurden. Zusätzlich sollen Einsparpotentiale bei den Ausschreibungen erreicht werden.

Gemeinderat Lasermann unterstützt das Vorhaben und sieht die noch zur Disposition stehenden Maßnahmen als sinnvoll an. Hier würde ansonsten an falscher Stelle gespart werden.

Gemeinderat Kurz sieht das Projekt kritisch. Der Bedarf für Mutlanger Schüler sei längst gedeckt und er fragt, warum sich die 3-Zügigkeit in eine 3,5-Zügigkeit geändert habe. Aufgrund der veränderten Konditionen sieht er den kirchlichen Träger in der finanziellen Pflicht. Des Weiteren sieht er diverse sinnvolle Nachnutzungen des Gebäudes und spricht sich gegen den Verkauf des Gebäudes aus. Er schlägt vor, das Gebäude zu sanieren und danach an den Schulträger zu verpachten.

Gemeinderat Pfitzer bekräftigt dies und bemängelt, dass man das Gebäude nicht schon früher saniert hat. Somit hätte der Gemeindeverwaltungsverband den Umbau finanzieren müssen. Des Weiteren führt er aus, dass die Themen Brandschutz und Sicherheit auch in den anderen Gebäuden angegangen werden müssen. Zusätzlich merkt er an, dass die Kosten seit der ersten Begutachtung stark gestiegen sind. Er spricht sich dafür aus, dass das Gebäude renoviert wird und an den privaten Schulträger verpachtet wird.

Gemeinderätin Kaim bekräftigt dies. Sie sieht ebenfalls die Sanierungsbedürftigkeit in den anderen Schulen. Einsparpotentiale von lediglich 14.000 € bei einer Gesamtinvestition von 4,5 Mio. € sind nicht nachvollziehbar. Sie spricht sich ebenfalls für die Sanierung und die anschließende Verpachtung an den privaten Schulträger aus.

Gemeinderätin Staller gibt zu bedenken, dass die Baukosten hierbei genauso hoch sind, man jedoch keine Zuschüsse erhält. Gemeinderat Steinhilber ergänzt, dass der Anteil an Mutlanger Schülern nicht als Argument angeführt werden könne, da man im Mutlantis auch nicht auf die Nutzung von Mutlanger Bürgern schauen kann.

Gemeinderat Kurz fasst zusammen, dass lediglich die Konditionen nicht tragbar seien, unter denen das Gebäude den Besitzer wechselt.

Gemeinderätin Gaiser sieht das Projekt und die damit verbundene Verschuldung als eine Investition in die Zukunft.

Gemeinderat Stütz fragt, warum die 4-Zügigkeit gerade jetzt akut ist. Des Weiteren sieht er in den Kostenberechnungen noch zahlreiche Einsparpotentiale. Er unterstützt das Vorhaben, dass man sich in Zukunft auch um die Sanierung aller anderen Schulgebäude kümmern muss.

Herr Staiber erläutert, dass der Neubau des Franziskus Gymnasium für eine Zweizügigkeit ausgelegt ist. Da nun aber die 3 Zügigkeit bis an die Oberstufe reicht, ist eine Raumgrenze erreicht, die schnellstmöglich einer Erweiterung bedarf. Er betont ebenfalls den Zeitdruck, ist aber sehr zufrieden mit den Verhandlungen und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit der Gemeinde.

Bürgermeisterin Eßwein resümiert die angesprochenen Punkte und sichert zu, dass auch in Zukunft alle weiteren Schulgebäude auf einem guten Standard gehalten werden und, dass alle Schüler gleich behandelt werden.

Bei drei Gegenstimmen beschließt der Gemeinderat, die vorgestellte Umbau- und Sanierungsmaßnahme des Bau IV. Im weiteren Planungs- und Umsetzungsprozess ist auf eine Senkung der Baukosten durch sinnvolle und geeignete Maßnahmen hinzuwirken.

Kaufvertrag mit Ordensschulen Trägerverbund gGmbH: Schulgebäude Hornbergstraße 21/1, Bau IV

Wie im zuvor beratenen Tagesordnungspunkt ausgeführt, ist zur Generierung von privaten Schulbaufördermitteln das künftig vom Franziskus-Gymnasium genutzte Schulgebäude Bau IV Hornbergstraße 21/1 an den Schulträger zu veräußern, da dieser nur als Eigentümer des umzubauenden Schulgebäudes ein potenzieller Zuschussempfänger sein kann. Bei einem nach aktuellem Kenntnisstand zu erwartenden Zuschuss von rund 1,1 Mio. € läge der analog zur Finanzierungsvereinbarung der Gemeinde zustehende Anteil von 2/3 bei etwa 730.000 €. Vor diesem Hintergrund hat der Gemeinderat am 07.11.2017 die Verwaltung beauftragt, den Verkauf des Schulgebäudes in die Wege zu leiten und die Verkaufsbedingungen mit dem Schulträger zu verhandeln. Dies ist inzwischen geschehen; die verhandelten Inhalte wurden auch mit dem Notar abgestimmt. Der Gemeinderat beschließt bei drei

Gegenstimmen, dass die Verwaltung einen notariell ausgearbeiteten Kaufvertrag abschließen soll.

Ortsmitte – aktueller Stand

a) Beheizungsart an Grundschule und Pavillon

Für die Beheizung sind in jedem Falle die Vorgaben des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes (EWärmeG) des Landes zu beachten. Dort ist in § 4 festgelegt, dass mindestens 15% des jährlichen Wärmeenergiebedarfs durch erneuerbare Energien zu decken oder der Energiebedarf um mindestens 15% zu verringern ist. In Frage kommen dabei nach § 5 Solarthermie, Geothermie, Umweltwärme oder Beheizungen auf Biomassebasis. Ersatzweise kommt nach § 10 auch der Einsatz einer Kraft-Wärme-Kopplungsanlage (KWK, also BHKW) oder die Installation einer Photovoltaikanlage bei Einsatz einer „konventionellen“ Heizung in Betracht. In der Gemeinderatssitzung am 13.09.2016 wurde der Einbau einer konventionellen Gastherme mit zusätzlicher Photovoltaikanlage als Kompensation auf dem Grundschuldach beschlossen. Aufgrund der höheren Anforderungen der Vollgastronomie im Vergleich zur ursprünglich geplanten Bäckerei mit erweitertem Angebot reicht dies nur aus, um die oben genannten gesetzlichen Rahmenbedingungen einzuhalten, wenn eine zusätzliche Wärmepumpe (somit drei Wärmequellen) installiert wird.

Alternativ stellte hierzu Herr Hölzel-Werner von der Firma Novatech den Einbau eines Blockheizkraftwerks oder einer Holzpellettheizung vor. Letztere ist die unkomplizierteste Beheizungsart.

Nach eingehender Diskussion mit Fragen zur Wartung, Preisentwicklung und Gesamtenergiebilanz entscheidet sich der Gemeinderat mehrheitlich für den Einbau einer Holzpellettheizung.

b) Planungsänderungen (Lastenaufzug)

Die bisherige Planung des Gastropavillons sah keinen Einbau eines Lastenaufzugs vor. Es ist jedoch nachvollziehbar, dass dies sinnvoll ist. In der Rohbau-Ausschreibung wurden vorsorglich die Einheitspreise für den Außenschacht angefragt und technisch in die Planung aufgenommen. Die Baukosten liegen insgesamt bei ca. 54.200,00–64.200,00 €.

Einige Gemeinderäte kritisieren, dass dies dem Planer und dem Pächter nicht schon früher aufgefallen ist. Mehrheitlich wird entschieden, dass der Einbau eines Lastenaufzugs vorgesehen wird.

c) Vergabe Leistungen – Gewerk „Rohbau“

Das Gewerk „Rohbau“ umfasst alle Leistungen, die unmittelbar mit der Erstellung der Gebäudehülle zusammenhängen: Keller mit Bodenplatte einschließlich Baugrube, Wände, Decke, Grundleitungen für Abwasser etc. sowie der Sockel und das Skelett der Filterzone (Laubengang).

Bei einer Gegenstimme beschließt der Gemeinderat, dass die Bauleistungen an die günstigste Bieterin, die Firma Kissling Bau, Höniger Straße 6, 73577 Ruppertshofen zu einem Angebotspreis in Höhe von 315.909,60 € brutto vergeben werden.

Hornbergerschule Haus 1 – Vergabe Leistungen Gewerk „Fensterbau“

Bereits in den Planungen zum Umbau des Verwaltungstraktes im Haus 1, welcher im Zuge der Gründung der Verbundschule initiiert wurde, wurde auf den maroden Zustand der Fenster hingewiesen. Das Gros der Fenster stammt noch aus der Erstellungszeit, wobei einige Gläser aufgrund von Glasbruch im Laufe der Zeit durch Neue ersetzt worden sind.

Beim Umbau des Verwaltungstraktes wurde auf die Auswechslung der Fenster bewusst aus Kostengründen verzichtet, schon im Hinblick auf die mögliche Auflegung eines neuen Fördertropfes des Bundes für Klimaverbesserungen.

Die Kämmerei stellte einen Förderantrag nach dem Kommunalinvestitionsgesetz, wobei die Gemeinde Mutlangen mit einem Fördersatz mit 90 Prozent berücksichtigt wurde.

Um die volle Fördersumme von 90 Prozent zu erhalten, könnte durch das positive Ausschreibungsergebnis zusätzliche Fenster getauscht werden. Im Haushalt ist für den gesamten Fensteraustausch 150.000 € eingestellt. Der Tausch dieser Fensterfront ist in jedem Falle sinnvoll, da diese noch aus der Zeit der Errichtung stammen, das Holz morsch ist und es sich um die wetterzugewandte Seite handelt.

Die Baukosten erhöhen sich mit der Sanierung der westlichen Fassade auf insgesamt 168.102,83 € brutto. Für die gesamte Erneuerung der Fenster müssen 18.102,83 € brutto zusätzlich finanziert werden.

Das Gremium beschließt einstimmig, die Leistungen an die günstigste Bieterin, die Firma Fenster- und Fassadentechnik Lampert, Ernst-Thälmann-Straße 24, 98634 Kaltensundheim mit 91.611,77 € zu vergeben. Aufgrund des positiven Ausschreibungsergebnisses wird der Vertrag um den Austausch der verbleibenden Fensterfronten erhöht.

Jahresbau Mutlangen – Vergabe der Tiefbauleistungen

Der Jahresbau umfasst Leistungen im Tiefbaubereich, die während eines regulären Jahres, geplant oder ungeplant, anfallen. Darunter zählt die Sanierung von defekten Einlaufschächten, das Ausbessern von maroden Asphaltstellen, Aufgraben von Kopflöchern bei Wasserrohrbrüchen oder das Herstellen von Hausanschlussleitungen (Wasser- und Abwasser) bei einer Nachverdichtung von bestehenden Wohn- oder Gewerbegebieten. Zudem werden im Jahresbau Bordsteinabsenkungen vorgenommen, sollten Bauwillige zusätzliche Stellplätze oder Garagen erstellen.

Die Leistungen wurden in drei Lose aufgeteilt:

- Los 1: Hausanschluss (Wasser / Abwasser)
- Los 2: Straßeninstandsetzung (Sanierung der Verkehrswege)
- Los 3: Rohrbrüche

Herr Grahn erläutert die Besonderheiten der eingegangenen Angebote.

Daraufhin beschließt das Gremium einstimmig, dass die Leistungen Los 1 und 2 an die günstigste Bieterin, der Firma Stegmeier, Carl-Zeiss-Straße 81, 73431 Aalen zu einem Angebotspreis in Höhe von 179.619,18€ brutto vergeben werden. Das Los 3 wird nicht vergeben. Stattdessen erhält die Firma Burkhardt Tiefbau, Konrad-Adenauer-Straße 5, 73525 Schwäbisch Gmünd, auf Basis der der Gemeinde Mutlangen vorliegenden Einheitspreise zur Behebung der Wasserrohrbrüche im Gemeindegebiet den Auftrag.

Bekanntgaben und Verschiedenes

Bürgermeisterin Eßwein gibt folgendes bekannt:

- Vom 7.-9. April findet die Leistungsschau des HGV statt.
- bzgl. des Radwegs nach Schwäbisch Gmünd wird ein Arbeitskreis gegründet. Mitglieder des Gremiums werden als Vertreter entsandt. Gemeldet haben sich: Frieder Steinhilber, Armin Stütz, Ulrich Schuler, Alfred Hofelich, Dr. Jens Mayer
- Die Auswertung der Mensaumfrage zeigt, dass die Schüler/innen mit dem neuen Essenslieferant sehr zufrieden sind. Einige Verbesserungsvorschläge wurden bereits umgesetzt.
- Aktuelle Zahlen und Fakten des Jahresbericht 2016 der kath. Öffentlichen Bücherei

Anfragen der Mitglieder des Gemeinderates

- a) Gemeinderätin März fragt, ob man den Eingangsbereich des Rathauses nicht dahingehend baulich verändern könnte, dass Eltern mit Kinderwagen und ältere Menschen mit Rollatoren leichter bzw. barrierefrei ins Rathaus gelangen. Bürgermeisterin Eßwein antwortet, dass dies für das kommende Jahr geplant ist.
- b) Gemeinderat Stütz bekräftigt die Bürgeranfrage von Herrn Hartmann, der die Parksituation in der Ringstraße und Umgebung angesprochen hat. Bürgermeisterin Eßwein erläutert, dass sie bereits Gespräche mit dem Landratsamt, der Klinikführung und der Schulleitung der Physiotherapeutenschule geführt hat. Weitere Erkenntnisse soll die kommende Verkehrsschau liefern.

- c) Gemeinderätin Kaim bemängelt die Situation in der Lindacher Straße und beantragt, diese in die nächste Verkehrsschau mitaufzunehmen.
Bürgermeisterin Eßwein sichert dies zu.